Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreis: Monatlich 6200 M., vorauszahlbar, frei ins Haus, bei viermaliger Ratenzahlung pro Rate 1550 M. Für Abholer monatlich 5900 M.
Auch durch die Post zu beziehen.
Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock. Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, erster Stock.

Hamburger Echo

Einzelpreis 230 M.

Anzeigen die 18gespaltene Petitzeile 700 M., unter Ausschluß der „Geschäftlichen Rundschau“.
Arbeitsmarkt und private Familienanzeigen 160 M.
Kleine Anzeigen bis 9 Zeile die Zeile 250 M., von 10 bis 15 Zeilen 350 M.
Reklamezeile 3000 M.
Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden.
Anzeigen-Annahme: Fehlandstraße Nr. 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abend für den folgenden Tag) in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 147. Mittwoch, den 30. Mai 1923. 37. Jahrgang.

Die teure Fahrkarte.

Während bislang die Reichsbahn nur für den Reichsverband der Industrie ein Gegenstand des Interesses war, indem von dorther ein wütender Angriff nach dem anderen gegen die amtliche Tarifgestaltung geführt wurde, lenkt der empfindliche Aufschlag von 100 %, den vom 1. Juni an auch die Personenfahrpreise erfahren, die Aufmerksamkeit aller Konsumenten auf sie. 50 M. und 33 M. pro Kilometer für eine Reise dritter beziehungsweise vierter Klasse sind keine Kleinigkeit, und man versteht den Schrei der Entrüstung, daß ausgerechnet die Reichsbahn noch mit einer Tariferhöhung kommen muß, während der Lohn- und Gehaltsempfänger schon genug mit der Bekämpfung der übrigen stündlich bedrohlicher sich aufreckenden Preise zu tun hat. So gibt der Schritt der Reichsbahn um so mehr Veranlassung zu einigen prinzipiellen Worten.

Wie steht es denn um die Reichsbahn? Es erübrigt sich, davon zu sprechen, daß sie ihre Haupibedarfsartikel bereits Mitte Mai mit dem 11 400 fachen bezahlen mußte, ihre Einnahmen aber bis heute nur um das 4641 fache gesteigert hatte. Schon dieser Vergleich beweist die Unsinnigkeit der schwerindustriellen Behauptung, die Tarife der Reichsbahn marschierten an der Spitze der Teuerung, sie seien die Wurzeln des Uebels. Vielmehr ist auch die Reichsbahn nur ein Unternehmen, das wie jedes andere trachten muß, seine Leistungen nicht zu verschleudern. Es kann daher im Gegenteil für wahrscheinlicher gehalten werden, daß auch nach der vierzigprozentigen Auftarifierung der Güter vom 1. Juni an die wahren Kosten der Reichsbahn nicht im entferntesten gedeckt sind, weil mehr als ein Viertel ihrer sächlichen Aufwendungen in den Ausgaben für Kohlen besteht. Zurzeit lebt die Reichsbahn aber ausschließlich von englischer Kohle, die doppelt so teuer ist als die wohl geförderte, aber nicht greifbare Ruhrkohle. Und mit solchen enormen Ausgaben treffen auf der Einnahmeseite auch noch die Ausfälle infolge der Ruhrbesetzung zusammen, über deren Ausmaß genaue Zahlen nicht existieren. Diese elementaren Tatsachen lassen sich nun einmal nicht aus der Welt diskutieren. Sie haben seit Januar die Reichsbahn wieder zum Zuschußbetrieb größten Stiles werden lassen, nachdem es während der größeren Hälfte des vergangenen Jahres gelungen war, ihren Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Gerade wir Arbeitnehmer haben aber das entschiedenste Interesse daran, daß hier keine Mißwirtschaft herrscht. Denn das nährt und mehrt die Pest der Papiergeldinflation, unsern entsetzlichsten Feind. Außerdem haben wir seit Jahr und Tag die immense außenpolitische Bedeutung des Gleichgewichts der Finanzen im Hinblick auf das Reparationsproblem begriffen, wobei der Etat der Reichsbetriebe eine ausschlaggebende Rolle spielt, und haben deshalb bei unserer Stellung zur Tarifpolitik des Verkehrsministeriums aus dem Gefühl der Verantwortung heraus weder Opfer gescheut, noch Lässigkeiten erlaubt, und betonen zugleich, daß niemand die Behauptung wagen kann, der Aufwand für Löhne und Gehälter verwirre etwa die Bilanz der Reichsbahn, da feststeht, daß der Anteil der persönlichen Ausgaben von 60,8 % im Jahre 1913 auf die erbärmliche Ziffer von 29,7 % herabgesunken ist, eine Lohnquote, an der kein Unternehmen scheitert.

Aber dies sei nur nebenbei zum speziellen Thema Erhöhung der Personentarife angeführt. Viel stärker fällt hierbei ins Gewicht, daß an der Gesamteinnahme der Reichsbahn der Personenverkehr nur noch mit sage und schreibe rund 5 % beteiligt ist. In Friedenszeiten standen die Einnahmen von Personen- und Güterverkehr zueinander wie 1 zu 3; im November 1922 wie 1 zu 18. Das ist ein unhaltbarer Zustand, denn es bedeutet, daß von den bedeutenden Unkosten der Personenbeförderung nur ein lächerlicher Bruchteil vom Reisenden selbst getragen wird, der ganze ungeheure Rest aber auf die Güterfrachten überwälzt wird. Das beschwört die Gefahr herauf, daß unter dieser doppelten Last die Frachten für Güter tatsächlich unbillig hoch werden, und daß von da aus alle jene verhängnisvollen Fernwirkungen für die gesamte Volkswirtschaft eintreten, die da sind: Ueberhöhung der Preise, Absatzstockung, Einschnürung und Zusammenbruch. Ein unhaltbarer Zustand, weil zu allen Zeiten eine einseitige Belastung des Güterverkehrs dem gesamten Wirtschaftsleben stets schädlicher ist, als eine wenn auch harte, so doch nicht mehr als billige Belastung des einzelnen Passagiers. Es ist höchste Zeit, daß dieses Mißverhältnis korrigiert wird, denn diese widernatürliche Tiefhaltung der Fahrpreise führt zu den schwersten Komplikationen bei den anderen Verkehrsunternehmungen. Und das ist der Gesichtspunkt, der bei der Betrachtung dieser Frage gerade für den Arbeitnehmer eine ausschlaggebende Rolle spielen muß. Was erleben denn die städtischen Verkehrsbetriebe, die Straßenbahnen, die Hoch- und Untergrundbahnen, wenn die Reichsbahn dank der Zuschüsse, die sie aus anderen Zweigen ihres großen Unternehmens spielend herauszieht, ihre Tarife unverändert tief hält? Sie geraten offen in die Gefahr des Zusammenbruchs, weil sie nicht imstande sind, ihre Fahrpreise so zu gestalten, wie ihre wirtschaftliche Lage es erforderte. Betriebseinschränkungen reißen ein, wertvolles Kapital liegt volkswirtschaftlich brach, Personalentlassungen sind an der Tagesordnung usw. (Berlin und Hamburg sind drastische Beispiele für diese verhängnisvolle Konkurrenz.) Das alles ist aber nur geeignet, den gesamten Verkehrsapparat immer wertloser zu machen, denn was nützt ein nur noch teilweise funktionierender, gelähmter Apparat, wo das A und O des Verkehrs in Schnelligkeit und rascher und pünktlicher Zugfolge besteht? Erkennt man, daß dieser Zusammenhang — die widernatürliche Preispolitik der Reichsbahn — den Verkehrsbetrieben die Kehle zuschnürt, so gibt es keinen ernsthaften Widerstand mehr gegen eine natürliche und der wahren wirtschaftlichen Lage entsprechende Preisgestaltung der Reichsbahnpersonentarife, was nicht Verzicht heißt auf soziale Berücksichtigung der Schwachen, zum Beispiel auf Siedler und Kleingärtner, die nur die halbe Fahrt zu bezahlen brauchen.

Wenn also die Macht brutaler Wirtschaftsgesetze die Steigerung der Personentarife erzwingt, so ist das gewiß ein schwacher Trost für den, der davon um seine Sommerreise gebracht wird. Aber es geht nicht an, daß die Absicht, den breiten Massen wenigstens in dieser einen Beziehung die Lebenshaltung zu erleichtern, von den bitersten Opfern der Arbeitnehmer in den Verkehrsbetrieben bezahlt wird. Arbeitslosigkeit und Hungerlöhnen im Verkehrsgewerbe gegenüber ist ein billiger Vorortverkehr ein allzu unwesentlicher Vorteil. Auch hier verlangt soziale Gerechtigkeit Verteilung der Lasten auf alle Schultern.

Aber noch ein Gesichtspunkt muß bei der Betrachtung dieser Sache hervorgehoben werden und das ist die Frage nach der Rentabilität der Kommunalbetriebe überhaupt. Gerade an dem Beispiel der Verkehrsinstitute, die ja meist kommunal geleitet werden, ist immer wieder die Notwendigkeit ihrer Privatisierung abgeleitet worden. Gewiß war ihr Defizit nicht wegzuleugnen, aber nicht immer ist von unserer Seite, die doch das wesentlichste Interesse an der kommunalen Bewirtschaftung hat, mit genügender Entschiedenheit betont worden, daß alle Anklagen unsinnig sind, solange den Verkehrsinstituten die selbstverständlichste Voraussetzung ihrer Existenz genommen ist: Preisgestaltung nach den Selbstkosten. Man schaffe ihnen Luft. Erst dann werden die erbärmlichen Schauspiele unterbleiben, daß große und gut ausgestattete Unternehmungen immer wieder an gierige Privatkapitalisten verschleudert werden.

Neue Reparationsvorschläge Belgiens und Englands.

Rücktrittsabsichten der Cuno-Regierung?

SPD. Berlin, 30. Mai. (Drahtbericht.)

Aus London meldet Reuter, daß man erwogen habe, den von der deutschen Reichsregierung nach London entsandten Beauftragten gute Ratschläge über die Art des neuen deutschen Angebots zu geben. Man werde also nicht mehr sagen können, daß die deutsche Regierung die Ansichten in Großbritannien über die Reparationsfrage nicht kenne. Sowohl der englische Botschafter in Deutschland wie der deutsche Botschafter in England haben mehrfach über den Standpunkt der englischen Regierung mit dem Reichskanzler und dem Minister des Auswärtigen gesprochen. Bevor nun die Vertreter der Regierung nach London fuhren, hat der Reichskanzler der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gegenüber erklärt, daß er von den Informationen, die seine Vertreter aus England mitbrächten, die Entscheidung abhängig machen werde, ob er weiter in der Lage ist, die Regierungsgeschäfte zu führen oder nicht. Unwahrscheinlich ist es daher nicht, daß wir binnen der nächsten 24 Stunden auf der Suche nach einem neuen Reichskanzler sind.

SPD. Berlin, 30. Mai. (Drahtbericht.)

Schon seit mehreren Tagen übte die belgische Regierung auf Poincaré einen Druck aus, der den Zweck hat, den französischen Ministerpräsidenten zu einer neuen Auseinandersetzung zwischen seiner Regierung und dem belgischen Kabinett zu veranlassen. Bisher hat Poincaré alle möglichen Auswege gefunden, um eine derartige Begegnung unmöglich zu machen. Inzwischen hat die belgische Regierung einen Reparationsplan ausgearbeitet, der von der französischen Auffassung über die Reparationspolitik weit abweicht. Trotzdem ist Poincaré jetzt bereit, mit Belgien in Besprechungen einzutreten, die am 6. Juni beginnen sollen. Poincaré ist sogar bereit, persönlich in Brüssel zu erscheinen, da der belgische Außenminister infolge einer Operation an der Reise nach Paris verhindert ist.

*

WTB. Paris, 29. Mai. Der „Matin“ will in der Lage sein, Genaueres und Richtigeres über das von der belgischen Regierung überreichte Memorandum zur Lösung der Reparationsfrage mitteilen zu können. Die Belgier gingen von dem Gedanken aus, daß man wenigstens 2,4 Milliarden Goldmark aus Deutschland selbst ziehen könnte, ohne die Pfänder aufzugeben und ohne sich dem Trugbild großer internationaler Anleihen auszusetzen. Der Vorschlag gehe von der Schaffung von Monopolen aus. Deutschland besitze das Alkoholmonopol, aber die Getränke seien nur ein Viertel so hoch belastet wie in Frankreich. Der deutsche Zucker sei nur mit einem Zehntel Prozent belastet, während der französische Zucker fast eine Last von 18 % und der englische eine solche von 13 % trage. Ebenso stehe es mit Tabak. Auch die deutsche Industrie hätte davon gesprochen, die Eisenbahnverwaltung in die Hände zu nehmen, um daraus ein Privatunternehmen zu machen, das einen jährlichen Ertrag von 1 Milliarde Goldmark einbringen soll. Theunis glaubte, daß man in Deutschland eine Reihe großer Pachtverträge für den Handel mit gewissen Produkten und für die Ausbeutung gewisser Staatsgüter und Eisenbahnen abschließen könne. Aber diese Monopole sollten in die Hände internationaler Syndikate mit einer beträchtlichen Beteiligung von seiten der Alliierten gebracht werden. Nach einer tiefgründigen Studie setzten die Belgier auseinander, daß die Monopole und die verpachteten Eisenbahnen der Reparationskommission für 60 Jahre jährlich 1,9 Milliarden Goldmark einbringen könnten. Dazu könne man die Kohlenlieferungen mit 500 Millionen Goldmark zählen. Man würde also aus Deutschland selbst 2,4 Milliarden Goldmark im Jahre ziehen können, das heißt also Zinsen von 5 % von 40 Milliarden Goldmark. Diese Summe sei fälschlich als die Summe bezeichnet worden, auf die die Belgier die alliierten Forderungen beschränken wollten. Man fasse aber weiterhin auch eine Beteiligung von 25 % an der deutschen Industrie ins Auge, was eine Zusatzeinnahme ergäbe, die nicht genau abzuschätzen sei. Die Aufnahme großer internationaler Anleihen solle auf später verschoben werden. Die deutsche Finanzsanierung werde als erste unerläßliche Bedingung bezeichnet. Nach Ansicht der Belgier könnte Deutschland durch künstliche Mittel seinen Markkurs stabilisieren. Erst jüngst habe es das während zweier Monate durch zweckmäßige Verwendung von Reichsbankdevisen getan. Weil ihr nach dieser Operation Devisen in Höhe von 50 Millionen Dollars zugeflossen seien, sei die Reichsbank durch diese Maßnahme nicht ruiniert worden. Deutschland könne auch sein Budget ausgleichen. Theunis erinnerte daran, daß in dem Vierteljahre April bis Juni 1922 das deutsche Budget im Gleichgewicht gewesen sei und sogar einen Monatsüberschuß von 90 Millionen Mark ergeben habe. Auch könne man nicht sagen, daß durch die Schaffung der Monopole dem deutschen Staate Einnahmequellen verloren gingen. Die belgischen Sachverständigen legen dar, daß in dieser Periode des Budgetausgleiches die Monopole in den Einnahmen nur mit 20 Millionen Goldmark figuriert hätten. Um die Monopole zu ermöglichen, seien aber neue Gesetze notwendig, ähnlich den in Wien angenommenen. Durch sie müsse dem Reichstag verboten werden können, seine Entscheidungen zurückzuziehen. Natürlich werde das Ruhrgebiet zu den Gebieten zählen, die Einnahmequellen liefern könnten. Die Besetzung des Ruhrgebietes werde hiernach also einen doppelten Charakter tragen, den einer Kontrolle der Lieferungen und den der unmittelbaren Durchführbarkeit von Drohungen im Falle einer Verfehlung. Die Blockade werde aufgehoben werden und die Einnahmequellen gingen aufs neue an das Deutsche Reich. Tatsächlich verträten die Belgier die Ansicht, daß die Ruhrbesetzung keine wirkungsvolle Maßnahme bedeute, und auf die Dauer für das wirtschaftliche Gleichgewicht des Deutschen Reiches mörderisch wirken werde. Sie glauben nicht, daß man sich aus dem Ruhrgebiete selbst bezahlt machen könne und seien der Ansicht, daß man von dort nicht so große Summen entziehen könne, um die gesamten Reparationen zu bezahlen. Es handle sich hier um Lasten, die nur durch das ganze Deutsche Reich getragen werden könnten. Immerhin müsse man die Besetzung aufrechterhalten und die Blockade bis zu dem Augenblick, wo die von Theunis entwickelte produktive Ausbeutung zur Anwendung gelange, unter Umständen noch verschärfen. Diese Pfandnahme entspreche in ihrem Geiste der von Frankreich der Reparationskommission im Januar übermittelten Note, als die allgemeine Verfehlung festgestellt wurde. Bei ihrer Durchführung seien die Franzosen und Belgier von dem Gedanken der Realisation der Reparationsschulden beherrscht gewesen.

*

Sollten diese Angaben des „Matin“ über die belgischen Vorschläge zutreffen, so ist für die nächste Zeit erst recht nicht an eine Lösung der Reparationskrise zu denken. Kein Wunder, daß Poincaré diesen Vorschlägen zustimmen wird, denn ihre Durchführung brächte ihn aus der Sackgasse seiner eigenen Ruhrpolitik heraus, ohne sein Prestige zu schädigen. Für Deutschland aber sind die belgischen Vorschläge geradezu undiskutabel. Die Sozialdemokratie müßte schärfsten Einspruch gegen die Auslieferung der Eisenbahnen an das Privatkapital wie auch gegen die auf Auswucherung der breiten Volksmassen berechnete Monopolwirtschaft in Zucker, Tabak, Kohle usw. erheben. Eine Uebernahme der Regierungsverantwortlichkeit nach dem Rücktritt Cunos kommt für unsere Partei unter solchen Umständen überhaupt nicht in Betracht. Die jetzige Situation ist die Folge der mit dem Regierungsantritt Cunos eingeleiteten Politik, die das Risiko der Ruhrbesetzung glaubte tragen zu können, weil sie hoffte, durch eine Taktik des passiven Widerstandes in England und Amerika Beistand zu finden. Jetzt ist die Enttäuschung auf der ganzen Linie eingetreten und im Gefühl ihrer Uebermacht präsentieren Belgien und Frankreich die Rechnung, die das deutsche Volk bezahlen soll. Und in dieser Situation wollen Cuno und Rosenberg, die Hauptverantwortlichen, das Weite suchen! Wenn der englische Vorschlag, über den noch nichts Näheres verlautet, keinen anderen Ausweg zeigt, ist die Lage Deutschlands verfahrener denn je.

Um eine Enttäuschung reicher.

Der Zusammenbruch der Markstützungsaktion.

Berlin, 29. Mai.

Am Dienstag vormittag trat im Reichstag der parlamentarische Ausschuß zusammen, der über die von gewissen Wirtschaftskreisen gegen die Stützungsaktion der Mark unternommenen Treibereien Aufklärung schaffen soll. In dem Ausschuß ist unsere Partei durch die Genossen Robert Schmidt und Dr. Hertz vertreten. Vorläufig lagen dem Ausschuß als Unterlagen Berichte des Reichsfinanzministers und des Reichswirtschaftsministers vor. Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium gibt in einem einleitenden Referat enen Ueberblick über die Maßnahmen der Reichsregierung zur Stützung der Mark durch Einschränkung der Kreditgewährung und durch Verkauf von Devisen. Weil sich die Industrie, vor allem die Exportindustrie, geschädigt fühlte, sah man davon ab, den Dollar unter 20 000 zu drücken. Von Anfang an war keine Stabilisierung der Mark beabsichtigt; es handelte sich nicht um eine währungspolitische, sondern um eine reine Kriegsmaßnahme gegen den Ruhreinbruch. In immer wachsendem Maße machte sich bald die Passivität der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz geltend. Am 18. April konnte die Reichsbank dem Ansturm der Devisenkäufer nicht mehr widerstehen. Infolgedessen versuchte man es mit der neuen Devisenordnung, die der Reichsbank das Mittel in die Hand gab, Auskunft über Devisengeschäfte zu verlangen. Das hat die Devisenbeschaffungsstelle in ihrem Auftrag durch ein Schreiben an Banken und Firmen, in dem Auskunft über die Devisengeschäfte in den kritischen Tagen von Mitte April verlangt wurde, auch getan. Den daraus entstandenen Schriftwechsel legte Staatssekretär Schröder zum Schluß seiner Ausführungen dem Untersuchungsausschuß vor.

Staatssekretär Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium gab daraufhin in einem anschließenden Referat als Ergänzung eine Darstellung über den Inhalt und die Absichten der neuen Devisenverordnung. Nachdem die beiden Staatssekretäre noch eine Reihe von Anfragen unserer Genossen Robert Schmidt und Hertz über die Handhabung der Devisenverordnung, über den Zusammenhang zwischen Stützungsaktion und Kreditgewährung, über das Ergebnis der Dollaranleihe usw. beantwortet hatten, erhielt Reichsbankpräsident Havenstein das Wort, um Auskunft über die Gründe des Zusammenbruches der Stützungsaktion zu geben. Seine Ausführungen sollten das große Ereignis des Tages werden. Millionen Deutscher erwarteten von dem Leiter des Zentralnoteninstituts des Reiches gerade in den heutigen Tagen des weiteren Zusammenbruchs der Mark Aufschluß und Einblick in die Währungs- und Devisenpolitik der Reichsbank. Um so niederschmetternder war der Eindruck für alle Zuhörer. Nichts von alledem, was die deutsche Oeffentlichkeit erwartete, fand sich in den Ausführungen dieses verbrauchten, zitternden Greises, der in heutiger, schwieriger Zeit immer noch an der Spitze der Reichsbank steht und dadurch den allergrößten Einfluß auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Reiches ausübt. In seinem Referat fehlte jede große Idee, rein beamtenmäßig begann er seine Ausführungen mit Ruhreinmarsch und beendete sie genau mit dem 18. April, dem Tage des Zusammenbruches der Stützungsaktion. Denn in dieser Zeit begrenzt sich die Kompetenz des Untersuchungsausschusses. Die deutsche Oeffentlichkeit aber verlangte mehr, sie erwartete Aufschluß über die Tätigkeit der Reichsbank seither, und sie wünschte einen Ausblick in die Zukunft, den sie als Lichtblick empfinden konnte. Dafür verwies der Reichsbankpräsident die Veröffentlichung über seinen Widerstand gegen die Stützungsaktion in das Gebiet der Legende, suchte aber gleichzeitig zu begründen, warum man an eine Intervention nicht schon früher herangehen konnte. Ueber den Ausgang der Dollaranleihe gab Havenstein öffentlich seiner Enttäuschung Ausdruck. Die Devisen, die Großhandel und Kapitalistenpublikum gehamstert hatten, seien in den Kästen geblieben, während sie bei dem vom deutschen Volke geführten Existenzkampf in die Kampffront gehört hätten. Am Tage, da das schlechte Ergebnis der Dollaranleihe bekannt geworden sei, habe auch die seitdem anhaltende Dollarsteigerung eingesetzt. Doch gibt der Reichsbankpräsident der Ueberzeugung Ausdruck, daß es ein Unrecht sei, einzelne Industriegruppen oder Personen dies besonders zur Last zu legen; er habe sich nie gegen einzelne Wirtschaftsführer ausgesprochen. Alle Kreise hätten das Bestreben gehabt, sich über den unmittelbaren Bedarf hinaus einzudecken, und dadurch sei die Stützungsaktion der Reichsbank zusammengebrochen. Alles in allem waren die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten so wider alle Erwartung nichtssagend, daß alle Zuhörer diese erste Sitzung des Ausschusses unter großer Enttäuschung verließen.

*

Vom Soz. Parlamentsdienst erhalten wir noch folgende Drahtung:

„Reichsbankdirektor Havenstein hat unsere Behauptung dementiert, nach der man sich in der Reichsbankdirektion bereits darüber besprochen hat, was werden soll, wenn der Goldmarkbestand der Reichsbank aufgebraucht ist. Unter anderm hatten wir behauptet, daß die Reichsbank bereits erwogen habe, den Direktoren Goldpensionen auszahlen zu lassen. Herr Havenstein behauptet, daß unter seiner Leitung derartige Erörterungen überhaupt nicht geführt worden seien. Demgegenüber halten wir unsere Behauptung aufrecht und ergänzen sie noch dahin, daß Herr Havenstein an der erwähnten Besprechung selbst teilgenommen hat.“

Wiederbeginn des Reichstages.

Die nächste Plenarsitzung des Reichstages ist nunmehr endgültig auf Dienstag, 5. Juni, nachmittags 3 Uhr, angesetzt worden. Auf der Tagesordnung stehen bisher die ersten Beratungen eines Spielkartensteuergesetzes, des Gesetzes über die Ausgabe wertbeständiger Schuldverschreibungen auf den Inhaber, einer Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Reichsversicherungsordnung und des Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung, sowie die Abstimmung über die Ausschußentschließung zum Flüchtlingssiedlungsgesetz.

Das Metall der Toten.

Roman von Concha Espina.

[11]

„Lassen wir es auf den Versuch ankommen!“

„Niemand hat daran ein größeres Interesse als ich, der ich dann ein Paar unschätzbarer Verbündeter hätte!“

„Und mit Ihrem Rat, Ihrer Erfahrung und Ihrer Hilfe sollte es uns nicht gelingen, unsern Feldzug mit Erfolg durchzuführen?“ fragte Rosario. Sie sprach mit Feuer und legte in jeden Satz den ganzen Zauber ihrer Melancholie.

Echea lächelte. Er machte eine respektvolle Bewegung des Dankes für die Anerkennung seiner Mitarbeiterin und entschloß sich, den neuen Freunden die ganze Kompliziertheit des Arbeiterproblems zu erklären, das sie nach Dite geführt hatte.

Es handelte sich nicht nur um die Arbeitsmethode, die viel zu wünschen übrig ließ, auch nicht um den ewigen Kampf zwischen Arbeitern und Brotherren, sondern da war vor allem eine nationale Frage. Denn die nordetanische Gesellschaft ist in der Stadt absolute und unumschränkte Herrscherin — über den Grund und Boden, über den Bergbau, das Gebirge, die Luft, über Gesetz und Freiheit. Da sie dank diesem modernen Feudalismus Herrin über Leben und Eigentum ist, gehören ihr mit unbestrittenem Recht Straßen und Plätze, Kirche und Friedhof, öffentliche Gebäude und Verkehrswege, und — im moralischen Sinne — fast alle Volkskörperschaften, deren Vertreter mit unerhörter Bevorzugung in Staatsämter und hohe Stellungen bei der Gesellschaft aufsteigen. Gerade jetzt soll in Estuaria ein Staatssekretär befördert werden, und er nimmt die Beförderung nicht an, weil sie ihn nötigen würde, die Stadt zu verlassen und damit der Bestechungsgelder der üppigen Industrie verlustig zu gehen . . . Wenn irgendeine Behörde in den unaufhörlichen Beschwerdefällen gegen die Fremden Gerechtigkeit walten lassen will, so findet sie — da sie bei den bestechlicheren unteren Angestellten Erkundigungen einziehen muß — niemals einen Grund, gegen die Ausbeuter einzuschreiten, und die Unzahl von Klagen gegen die Besitzer werden zugunsten des Unternehmens entschieden. Auf ihre Empfehlung hin werden die Ernennungen des Verwaltungspersonals vorgenommen, Steuerermäßigungen bewilligt, Verordnungen erlassen, die die einzige Stadt Spaniens auszugeben gezwungen ist, die enteignet ist und selbst nicht enteignen kann. Nach ihrem Gutdünken werden die katholischen Schulen der Umgegend in evangelische umgewandelt; sie verfügt für ihr Gebiet über ein Korps von bewaffneten Schutzleuten, das dem spanischen Militäraufgebot an Stärke überlegen ist. Außerhalb der Grenzen des Minenreviers, dort, wo sie ihnen am besten dienen und nützen, wo sie die Straflosigkeit ihrer gewagten Machenschaften gewährleisten, werden die berühmtesten Advokaten auf das glänzendste von ihnen unterhalten. Und sie begnügen sich nicht mehr mit der Macht, die sie an den Ufern des Saquia ausüben; sie strecken die Hand nach der offenen Küste aus und erwerben ein Achtel der Provinz Huelva und ein Stück der Provinz Sevilla; so gehören ihnen schon für alle Zeiten die Bucht der spanischen Südküste am Atlantischen Ozean und der der Flußmündung benachbarte Golf, der berufen ist, einer der ersten Häfen der Welt zu werden . . . Die singenden Wasser des Circem, des sonnigsten Flusses Spaniens, münden heute im eigenen Lande auf fremdem Grund und Boden ins Meer, und Andalusiens leuchtend reiner Strand gehört siebzig Meilen im Umkreise diesen geldgierigen, finsterblickenden Menschen, diesen Kaltblütern, dieser traurigen nordischen Rasse, die sich — dürstend nach Licht — am Ufer des Ozeans ein günstig gelegenes, sonniges Gebiet durch straflose Invasion zu eigen zu machen sucht, über dem sie ihr Banner aufrichten kann. Und sie läßt es im Winde flattern über den klaren, lachenden Wellen, — unten über den Dünen der Küste, oben über der durchwühlten Erde, den unterjochten Ortschaften, den zerfleischten Gipfeln.

„Es scheint unglaublich!“ murmelte José Luis.

Rosario nimmt stumm und erstaunt, aber mit lebhaftem Interesse die Enthüllungen des Anklägers entgegen, der in seiner langen Klage in warmem, bisweilen etwas ins Lyrische fallendem und an eine Propagandarede gemahnendem Ton, aber voll innerlichster Aufrichtigkeit fortfährt. Oft bleiben seine Augen an denen des Mädchens haften, als wiesen ihm diese einen verborgenen Weg; dann zögert er einen Augenblick, um hernach seine Gedanken mit gesteigerter Leidenschaft zusammenzufassen.

Er weiß es auswendig und kann es mit Zahlen belegen, daß die Gesellschaft vor einem halben Jahrhundert die Bergwerke und Uebertagbauten am Saquia für 92 Millionen Pesetas dauernd erworben hat, und daß der wahre Wert des Objektes — wenn man nur die Ausbeute in Betracht zieht — sich auf 302 Millionen beläuft, abgesehen von dem Landbesitz, der schon in viele, der Gesellschaft steuerpflichtige Ortschaften umgewandelt worden ist.

Mit tiefer Erbitterung häufen sich die Zahlen auf den Lippen des jungen Mannes. Er erzählt, daß die bei der Gründung zu 125 Pesetas ausgegebenen Aktien heute auf 2000 stehen; er nennt die unermeßlichen Besitzungen, aus denen sich das fremde Gebiet im Schoße Spaniens zusammensetzt, und bestätigt, daß sie alle die so notwendigen und allgemein verbreiteten öffentlichen Einrichtungen wie Telegraph und Telephon, Bildungszentren, öffentliche Gesundheitspflege, elektrisches Licht, Chausseen und Eisenbahnen entbehren. Die einzigen vorhandenen zivilisatorischen und kulturellen Anlagen dienen hier ausschließlich dem Unternehmen, das sie monopolisiert und ausbeutet, und das neuzeitliche Licht, das schon alle zivilisierten Orte der Welt erhellt, leuchtet hier nur für die Eindringlinge, fern von dem Gesindel der Eingeborenen in Wohnungen und Gärten eingefangen. Zu Füßen solcher Brotherren liege der Arbeiter und opfere jede Minute seines Lebens, um als Lohn den siebenten Teil des Reichtums zu erhalten, den er schaffe . . .

„Aber alles das muß einmal in deutlicher Weise vor die Oeffentlichkeit kommen!“ rief Rosario aus, ihrem Bruder das liebliche, dunkle Gesicht voller Empörung zuwendend.

„Ja!“ murmelte der Jüngling in reiner Teilnahme, und seine durchdringenden goldfarbenen Augen gaben seinen unausgesprochenen Gedanken flammenden Ausdruck.

Echea fühlt sich befreit und glücklich bei diesen intelligenten und feinfühligen jungen Leuten, die sich ihm mit der selbstlosesten Großmut als Verbündete antragen. Er ist überzeugt, ihnen beim durchdringenden Licht des Geistes bis ins Herz gesehen zu haben, und er segnet die Unterstützung so auserlesener Seelen im Kampf für das hohe Ideal, das sein Leben bedeutet: er hat sich einer menschlichen und gerechten Lehre geweiht und vergißt die ernsten Drangsale, die er um sie leidet; unter dem belebenden Einfluß des unvermuteten Bündnisses gibt er sich frohen Hoffnungen hin.

Sie haben ihn zum Abendessen eingeladen. Die Speisen, die dem Geschmack dieses verschämten Armen erlesen erscheinen, berührt er kaum, und mit natürlichem Zartgefühl läßt er die Gerichte vorübergehen und kostet nur ein wenig von jedem, ohne ihnen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Es ist weder der Politiker noch der Mensch, der sich hier in der gemütlichen Ecke des Hotelzimmers, an dem einfachen Tisch zu erkennen gibt; es ist der Apostel, der, von Umgebung und Umständen unbeeinflußt, den Eingeweihten mit seltsamen Worten die Geheimnisse der ewigen Verschwörung entdeckt, die sich — je nach den Lagern der Gesellschaft verschieden — stets erneuert; er öffnet ihnen in vollem Vertrauen sein Herz und führt sie in die Tiefen seiner ehrgeizigen Pläne ein.

Am Schlusse des bescheidenen Mahles haben die drei einen festen, trotzigen Bund geschlossen; zwar ohne Reden und Trinksprüche, aber beglaubigt mit dem unlösbaren Siegel treuer Blicke und ernsten, stummen Lächelns, aus denen der heilige Wille zu freiwilligem Leiden sprach.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Drei Abende der Tanzbühne von Laban im Conventgarten. Kammertänze am 14. Mai. Die Mehrzahl dieser Tänze wurden schon gesehen und gewürdigt. Manche sind umbenannt und ausgestaltet. „Schattenwege“ zum Beispiel zu ihrem Vorteil. Aus den Darbietungen dieser tänzerischen Kleinkunst sticht der „Bizarre Zweitanz“ und die „Choreographische Studie“ hervor. Die „Magyarischen Klänge“ arg verfehlt. (Auch hier kann so etwas passieren.) Dussia Beresca hat über allen diesen Tänzen eine stille und sorgsame Hand.

„Lichtwende“, eine Frühsommerfeier, am 24. Mai. Dies war ein großes Fest. Oben die Reigen der Hamburger Bewegungschöre der Labanschule, unten viele Angehörige, Bekannte, eben Dazugehörige. Laban versuchte die Festgestaltung, von der er in seinen Vorträgen gesprochen. Mario Volcards Komposition und Führung der Reigen ein meisterlicher Befähigungsnachweis. Die Gruppen selbst in den Ballungen am stärksten, den Flammenbewegungen der Füße und Hände und in dem überraschend wirkenden originellen Geräuschkonzert. In der Erfindung prachtvoll, in der Ausführung fast durchweg tänzerisch reif, im Gesamteindruck die mannigfachsten Hoffnungen weckend. Wundervoll der Anfang des zweiten Reigens und die Männergruppe im letzten Bild. Werden wir das alles noch einmal als gewohntes Volksfest unter freiem Himmel erleben?